

Beschlussvorlage



STADT MANNHEIM²
Der Oberbürgermeister

Dezernat	OB	Az.	90.3	Datum	28.10.10
----------	----	-----	------	-------	----------

Nr. 526 / 2010

Betreff:

Change²-Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ – Konzeption einer stadtteilorientierten Verwaltung

Betrifft Antrag/Anfrage Nr.

Antragsteller/in:

☐ Eilentscheidung gemäß § 43 GemO i. V. m. § 20 Abs. 3 Hauptsatzung

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. Hauptausschuss	02.00	23.11.2010	x			
2. Gemeinderat	05.00	30.10.2010	x			
3.						
4.						

☐ Vorgeschlagene Maßnahme zur Bürgerbeteiligung

☐ Einladung an Bezirksbeirat/Sachverständige

Finanzielle Auswirkungen ?

☒ ja

☐ nein

Beschluss/Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept einer stadtteilorientierten Verwaltung sukzessive umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen:

1) **Einmalige Kosten/ Erträge**

Gesamtkosten der Maßnahme		€
Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.)	./.	€
Kosten zu Lasten der Stadt		€

2) **Laufende Kosten / Erträge**

Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand nach Fertigstellung der Baumaßnahme, Inbetriebnahme der Einrichtung		Koordinationsstelle Stadtteilorientierung
bzw. Durchführung der Maßnahme (einschl. Finanzierungskosten)		30.000 €
zu erwartende Erträge	./.	€
jährliche Belastung		30.000 €

Strategische Ziele:

Die Vorlage leistet voraussichtlich einen Beitrag zu folgenden strategischen Zielen:

direkt mittelbar

Stärkung der Urbanität

„Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die damit sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Megacities.“

☒ ☐

Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten

„Mannheim etabliert sich als Stadt der Talente und Bildung und gewinnt mehr Menschen für sich.“

☐ ☒

Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern

„Mannheim gewinnt überdurchschnittlich Unternehmen und Gründer/innen“

☐ ☒

Toleranz bewahren, zusammen leben

„Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.“

☒ ☐

Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen

„Mannheim ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.“

☐ ☒

Die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und Masterplan

Kreativwirtschaft erfolgreich umsetzen

„Mannheim ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.“

☐ ☒

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung

„Mannheims Einwohnerinnen und Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.“

☒ ☐

Dr. Kurz

Hintergrund

Mannheim ist auch eine Stadt der Stadtteile. Die Mannheimerinnen und Mannheimer identifizieren sich nicht nur stark mit dem Zentrum ihrer Stadt, sondern auch mit den jeweiligen Stadtteilen, in denen sie leben. Diese Identifikation ist Basis für Engagement und Miteinander im lokalen Umfeld. Die Verwaltung will daher alle Stadtteile in ihrer Individualität, mit ihren Herausforderungen und Chancen weiter stärken. Dabei sind die strategischen Ziele der Stadt auf die einzelnen Stadtteile zu beziehen und individuell und unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gestalten. Durch Leistungen der Verwaltung und Engagement der Bürgerschaft soll sichergestellt werden, dass Stadtteile mit einem besonderen Bedarf auch eine besondere Unterstützung erfahren und spezifische Potenziale gestärkt werden.

Das Change²-Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ verfolgte das Ziel, Leitlinien und Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung zu konzipieren und umzusetzen. Inhalt dieser Vorlage ist die Konzeption einer stadtteilorientierten Verwaltung.

Stadtteilorientierung der Verwaltung – was ändert sich?

Der Anspruch einer stadtteilorientierten Verwaltung wurde in folgenden neun **Leitsätzen** formuliert:

- Stadtteilorientierung braucht Wissen
- Stadtteilorientierung braucht den integrierten Gesamtblick
- Stadtteilorientierung braucht bedarfsgerechtes Verwaltungshandeln
- Stadtteilorientierung braucht ein klares städtisches Selbstverständnis
- Stadtteilorientierung braucht Information
- Stadtteilorientierung braucht Kommunikation
- Stadtteilorientierung braucht räumliche Nähe
- Stadtteilorientierung braucht Beteiligung
- Stadtteilorientierung braucht definierte Rollen und Aufgaben

Diese bilden den Kern des vorliegenden Konzepts und erlauben die Ableitung konkreter Einzelmaßnahmen, sowie deren Prüfung und Neudefinition in einem fortlaufenden Umsetzungs- und Lernprozess. Als Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung der Verwaltung werden vorgeschlagen:

Stadtteilorientierung verlangt eine raum-, d.h. stadtteilbezogene Koordination des Verwaltungshandelns. Als Basis hierfür wird das Wissen der Verwaltung künftig stadtteilorientiert ausgewertet und in Stadtteilprofilen gebündelt. Eine stadtteilbezogene, statistische Datengrundlage wird ausgebaut und aktuell gehalten (Sozialraummonitoring). Für jeden Stadtteil werden realistische Zielbilder als Grundlage für zielorientiertes Handeln entwickelt. Spezifische Interventionen der Stadt sind definiert und werden auf der Grundlage klarer Kriterien bedarfsgerecht zum Einsatz gebracht. Städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Stadtteilen arbeiten, werden über eine Fortbildung in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Doppelfunktion als Repräsentanten der Stadt im Stadtteil und Anwälte der Stadtteile innerhalb der Verwaltung gestärkt. Über standardisierte und kontinuierliche Informationen zu Planungen, Ansprechpartnern und Dienstleistungen der Verwaltung im Stadtteil soll Transparenz über relevante stadtteilbezogene Informationen für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Für einen ungehinderten Kommunikationsfluss werden Schnittstellen zwischen Stadtteil und Verwaltung definiert und beachtet. Jeder Stadtteil soll über mindestens eine Anlaufstelle verfügen, zu der die Bürgerinnen und Bürger mit allen Anliegen kommen können. Diese soll als städtisch erkennbar, bekannt, zentral gelegen, barrierefrei zugänglich und einladend gestaltet sein. Neben der Präsenz durch Infrastruktur zeigt sich eine stadtteilorientierte Verwaltung auch in direkter Anwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, z.B. anlässlich stadtteilbezogener Sitzungen, und der Verwaltungsspitze vor Ort. Gleichzeitig wird die stadtteilspezifische Vernetzung innerhalb der Verwaltung ausgebaut, um einen Gesamtblick der Verwaltung auf die Stadtteile zu ermöglichen. Als Scharnier für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Gesamtprozesses wird ergänzend zur Koordinationsstelle Stadtteilorientierung eine Koordinationsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Fachbereiche gebildet.

Eine Priorisierung und zeitliche Planung dieser Maßnahmen wird im Detail noch vorgenommen. Zu einzelnen Maßnahmen wird die Verwaltung ggf. konkrete Konzepte im Rahmen der Umsetzung der stadtteilorientierten Verwaltung vorlegen.

1. Einführung – Auftrag des Change²-Projekts „Stadtteilorientierung der Verwaltung“
2. Definition einer stadtteilorientierten Verwaltung
3. Leitsätze einer stadtteilorientierten Verwaltung
4. Instrumente und Maßnahmen einer stadtteilorientierten Verwaltung
5. Umsetzung und Evaluation

Anlagen:

1. räumliche Gliederung der Stadt
2. Muster Stadtteilprofile
3. Maßnahmenübersicht

1. Einführung – Auftrag des Change²-Projekts „Stadtteilorientierung der Verwaltung“

Das Change²-Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ hatte das Ziel, das Selbstverständnis einer stadtteilorientierten Verwaltung zu erarbeiten und hieraus Leitlinien und Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung zu konzipieren und umzusetzen. Diese bilden den Rahmen für die zukünftige Arbeit einer stadtteilorientierten Verwaltung.

Hintergrund des Projektes ist die Tatsache, dass sich die Mannheimerinnen und Mannheimer nicht nur stark mit dem Zentrum ihrer Stadt identifizieren, sondern auch mit den jeweiligen Stadtteilen, in denen sie leben. Mannheim ist auch eine Stadt der Stadtteile. Diese Identifikation ist Basis für Engagement und Miteinander im lokalen Umfeld und damit von unschätzbarem Wert für die Entwicklung der Stadt. Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung der Verwaltung sollen das jeweilige lokale Umfeld unterstützen und damit Engagement und Miteinander fördern.

Die Verwaltung will alle Stadtteile in ihrer Individualität, mit ihren Herausforderungen und Chancen weiter stärken. Dabei sind die strategischen Ziele der Stadt auf die einzelnen Stadtteile zu beziehen und individuell und unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gestalten. Stadtteile mit einem hohen Potenzial an bürgerschaftlicher Selbstorganisation sollen befähigt werden, dieses auch umfassend zu mobilisieren. Durch Leistungen der Verwaltung und Engagement der Bürgerschaft soll sichergestellt werden, dass Stadtteile mit einem besonderen Bedarf auch eine besondere Unterstützung erfahren und spezifische Potenziale gestärkt werden. In diesem Rahmen findet auch eine Differenzierung statt zwischen gesamtstädtischen sowie stadtteilspezifischen Themen und Fragestellungen.

In der ersten Projektphase wurde im Rahmen der Bestandsaufnahme sichtbar, dass es bereits vielfältige Erfahrungen und Engagement der Verwaltung in den Stadtteilen gibt, auf denen aufgebaut werden kann. Dieses wurde gesammelt, dokumentiert und bewertet, um daraus Schlussfolgerungen für den konzeptionellen Teil des Projektes abzuleiten. So gibt es bereits heute zahlreiche Anlaufstellen und Dienstleistungen in den Stadtteilen – z.B. die Bürgerdienste, Kinder- und Jugendhäuser, Schulen, Seniorentreffs und vieles mehr. Im Projekt ging es folglich nicht um eine Erfindung der Stadtteilorientierung, sondern um eine Systematisierung und Definition von Leistungen, sowie die Identifikation von Verbesserungspotenzialen. Im Rahmen der Konzipierung der Stadtteilorientierung der Verwaltung wurden auch Erfahrungen anderer Kommunen einbezogen.

Im Rahmen der Stadtteilorientierung der Verwaltung wird von der vorhandenen Gliederung der Stadt Mannheim in 24 Stadtteile ausgegangen, wobei nach Bedarf eine weitergehende Betrachtung der Stadtbezirke oder statistischen Bezirke oder anderer Gebietskulissen vorgenommen wird (siehe Anlage 1).

Stadtteilorientierung will bürgerschaftliches Engagement unterstützen und ist ohne Beteiligung der Bürgerschaft nicht denkbar. Diese Beteiligung der Bürgerschaft wird, ebenso wie Rollen, Verhältnis und Miteinander von Verwaltung, Gemeinderat und Bezirksbeiräten, im Rahmen des Change²-Projektes „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“ zusammenhängend ab dem 3. Quartal des Jahres 2010 bearbeitet.

Hiermit wird die Neukonzeption einer „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ vorgelegt, die mit der Vorlage 364/2010 „Change²Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ – Erste Elemente und Projektansätze“ bereits grob skizziert wurde. Im Rahmen einer grundsätzlichen Definition (Kapitel 2) wird das Verständnis von Stadtteilorientierung beschrieben, das der vorliegenden Konzeption zugrunde liegt und durch sie ausgefüllt werden soll. Der Anspruch einer stadtteilorientierten Verwaltung wurde in neun Leitsätzen formuliert (Kapitel 3). Diese bilden den Kern des vorliegenden Konzepts und erlauben die Ableitung konkreter Einzelmaßnahmen und Instrumente (Kapitel 4), sowie deren Prüfung und Neudefinition in einem fortlaufenden Umsetzungs- und Lernprozess (Kapitel 5).

2. Definition einer stadtteilorientierten Verwaltung

Die Stadt Mannheim versteht sich mit ihren Einrichtungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als stadtteilorientierte Verwaltung. **Stadtteilorientierung geht davon aus, dass die Koordination des Verwaltungshandelns raumbezogen erfolgt. Die strategischen Ziele der Stadt sind auch auf die einzelnen Stadtteile zu beziehen und individuell zu gestalten.**

Zur Abstimmung des Alltagshandelns werden realistische Zielbilder und Leistungen für alle Stadtteile formuliert. Hierfür ist es nötig, die Entwicklung der einzelnen Stadtteile kontinuierlich in den Blick zu nehmen und ihre besonderen Herausforderungen und Potenziale zu kennen. Auf dieser Basis gelingen dann Koordination, Aktivierung und Vernetzung mit deren Hilfe die Herausforderungen gemeistert, Potenziale entfaltet und Zielbilder realisiert werden.

3. Leitsätze einer stadtteilorientierten Verwaltung

Im Folgenden werden die Leitsätze und somit das Selbstverständnis einer stadtteilorientierten Verwaltung formuliert. Diese haben Leitbildcharakter für die Entwicklung zu einer stärker stadtteilorientierten Verwaltung in den kommenden Jahren.

(1) Stadtteilorientierung braucht Wissen

Um das Verwaltungshandeln auf Stadtteile bezogen zu koordinieren, benötigt die Verwaltung Stadtteilkompetenz – die Verwaltung muss die Stadtteile kennen und wissen, welche spezifischen Bedarfe und Potenziale vor Ort bestehen. Nur so ist zielgerichtetes Handeln in den Stadtteilen auf der Grundlage der strategischen Ziele möglich. Nur so kann über den Beitrag eines Stadtteils zur gesamtstädtischen Entwicklung nachgedacht werden.

(2) Stadtteilorientierung braucht den integrierten Gesamtblick

Um den Stadtteilen und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht zu werden, ist es wichtig, einen integrierten Gesamtblick der Verwaltung auf die Stadtteile sicherzustellen, der über die Einzelperspektiven der jeweiligen Dienststellen hinaus geht. Es gilt, die Entwicklung der Stadtteile zu beobachten und auf dieser Basis eine gemeinsame Haltung zu den einzelnen Stadtteilen zu entwickeln. Dies sind Voraussetzungen für kohärentes, dezernatsübergreifendes und zielgerichtetes Handeln im Sinne der Bürgerschaft und die Steuerung der Stadtteilentwicklung auf der Grundlage der strategischen Ziele.

(3) Stadtteilorientierung braucht bedarfsgerechtes Verwaltungshandeln

Die Stadt Mannheim legt ein besonderes Augenmerk auf die nachhaltige und stabile Entwicklung der einzelnen Stadtteile. Neben Leistungen, die für alle Stadtteile zur Verfügung gestellt werden, gibt es Stadtteile, in denen diese nachhaltige Entwicklung durch besondere Interventionen sichergestellt werden muss. Besondere Bedarfe erfordern besonderes Handeln der Verwaltung und der Partner in den Stadtteilen. Besondere Potenziale müssen gestärkt und unterstützt werden. Ziel ist es, über die vorliegenden Bedarfslagen und Potenziale Transparenz zu erzielen, um auf dieser Grundlage nachvollziehbare und angemessene Entscheidungen zum Ressourceneinsatz treffen zu können. Grundlage für das Handeln der Verwaltung ist hierbei stets zunächst der Stadtteil. Im Folgenden gilt es dann zu differenzieren, welche Bedarfslagen kleinräumiger, z.B. auf Ebene der statistischen Bezirke oder Quartiere, zu bearbeiten sind.

(4) Stadtteilorientierung braucht ein klares städtisches Selbstverständnis

Die Einrichtungen der Verwaltung in den Stadtteilen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Vertreter der Gesamtverwaltung der Stadt Mannheim eine Funktion als Stadtteileinrichtungen und -multiplikatoren im Stadtteil. In diesem Selbstverständnis müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt werden. Gleichzeitig greifen sie Anliegen aus ihren Stadtteilen auf und unterstützen „Anwälte“ von Stadtteilinteressen (z.B. die Bezirksbeiräte) in der Formulierung von spezifischen Anliegen. Die den Stadtteil betreffenden Planungen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung werden in die Stadtteileinrichtungen und zu den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Die Einrichtung und ihre Mitarbeiter sind auch nach außen hin als „Stadt Mannheim“ erkennbar.

(5) Stadtteilorientierung braucht Information

Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, welche Dienstleistungen und Angebote die Verwaltung in ihrem Stadtteil vorhält, was sie wo erledigen können, welche Einrichtungen und Akteure es über die Verwaltung hinaus gibt und was die Verwaltung in ihrem Stadtteil plant. Das Vorhalten dieser Informationen und Transparenz über das Handeln der Verwaltung in den Stadtteilen ist die Voraussetzung dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürgern engagieren und beteiligen.

(6) Stadtteilorientierung braucht Kommunikation

Transparenz erfordert einen Prozess der Vernetzung und einen funktionierenden Informationskreislauf zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Verwaltung in den Stadtteilen. Um stadtteilorientiert handeln zu können, muss die Verwaltung wissen, welche Themen die Menschen in einem Stadtteil gerade beschäftigen. Ziel ist, die Qualität der Arbeit der Verwaltung sowie der Entscheidungen der Politik durch Kontakt zur Bürgerschaft in den Stadtteilen zu erhöhen und das Handeln der Verwaltung nachvollziehbar zu machen.

(7) Stadtteilorientierung braucht räumliche Nähe

Auch im digitalen Zeitalter sind räumliche Nähe und reales Miteinander unverzichtbar für die Wahrnehmung der Verwaltung in den Stadtteilen und umgekehrt. Von den früheren Gemeinde-sekretariaten bis zu zahlreichen heutigen Einrichtungen in den Stadtteilen, wie z.B. den Bürgerdiensten, gibt es eine lange Mannheimer Tradition von „Verwaltung vor Ort“. Wenn das Handeln der Verwaltung stadtteilbezogen ausgerichtet werden soll, braucht es ein Mindestmaß an räumlicher Nähe zwischen der Verwaltung und den Stadtteilen mit ihren Bewohnerinnen und

Bewohnern und Akteuren. Einrichtungen der Stadt und persönliche Präsenz der Stadtspitze sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen diese Nähe. Sie vermittelt Wertschätzung und erlaubt einen direkten Austausch zu Anliegen der Menschen vor Ort und zu Vorhaben und Zielstellungen der Verwaltung. Über eigene zielgruppenspezifischen städtische Einrichtungen und städtische Ansprechpartner in allen Stadtteilen wird auch die Umsetzung der strategischen Ziele gewährleistet.

(8) Stadtteilorientierung braucht Beteiligung

Stadtteilorientierung ist auf Engagement aus der Bürgerschaft angewiesen. Auf dieses Engagement baut sie auf und will es auslösen. Dieses vollzieht sich z.B. in den Bezirksbeiräten sowie in Netzwerken und Gremien, in denen Themen des Stadtteils zwischen Verwaltung und lokalen Akteuren sowie der Bürgerschaft besprochen werden. Die Beteiligung der Bürgerschaft wird im Rahmen des Change²-Projektes „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“ bearbeitet.

(9) Stadtteilorientierung braucht definierte Rollen und Aufgaben in der Verwaltung

Im Rahmen der Stadtteilorientierung der Verwaltung müssen Rollen und Aufgaben klar definiert sein. Durch Anpassungen von Zuständigkeiten einzelner Fachbereiche sowie Abstimmungs- und Koordinierungsstrukturen wird die Umsetzung dieser Leitsätze gewährleistet.

4. Instrumente und Maßnahmen einer stadtteilorientierten Verwaltung

Nachfolgend werden aus den Leitsätzen einer stadtteilorientierten Verwaltung konkrete Instrumente und Maßnahmen abgeleitet, die sich bereits in Umsetzung befinden oder zur Umsetzung vorgesehen sind. Dabei stärken und stützen sich diese Maßnahmen gegenseitig und helfen in der Regel, mehrere Leitsätze gleichzeitig mit Leben zu füllen. Eine Priorisierung und zeitliche Planung dieser Maßnahmen werden noch im Detail vorgenommen. Zu einzelnen Maßnahmen wird die Verwaltung ggf. konkrete Konzepte im Rahmen der Umsetzung der stadtteilorientierten Verwaltung vorlegen. Eine Übersicht über den Status der Maßnahmen findet sich in Anlage 3.

Stadtteilorientierung braucht Wissen

Stadtteilprofile

Das Wissen der Verwaltung wird stadtteilorientiert ausgewertet und vorgehalten. Die Bündelung dieses Wissens erfolgt in sogenannten Stadtteilprofilen. Sie vermitteln einen Überblick über den

jeweiligen Stadtteil, sind Sammlungsort für Informationen und Erfahrungswissen der Verwaltung, z.B. aus fachspezifischen Hotlines, der Auswertung von Beschwerden, einzelnen Projekten der Verwaltung, und bilden somit die interdisziplinäre Sicht auf einen Stadtteil ab. Sie enthalten quantitative (Statistikteil) und qualitative Daten sowie einen Bewertungsteil (Muster siehe Anlage 2). Die Stadtteilprofile werden kontinuierlich fortgeschrieben und bilden eine wesentliche Grundlage für die Arbeit der Verwaltung in den Stadtteilen.

Sozialraummonitoring und Indikatoren

Ein Sozialraummonitoring beobachtet Stadtteilstrukturen und –entwicklungen.

Um die Stadtteile zu kennen, benötigt die Verwaltung diese stadtteilbezogene, statistische Datengrundlage. Diese muss die relevanten Informationen in angemessener Aktualität und der erforderlichen Kleinräumigkeit zur Verfügung stellen. Die mit den betreffenden Stadtteilen befassten Verwaltungseinheiten müssen durch eine geeignete EDV-Unterstützung hierauf zugreifen können.

Ein gesamtstädtisches und vergleichendes Sozialraummonitoring behält den Prozess der Stadtteilentwicklung kontinuierlich im Blick. So lassen sich spezifische Potenziale und Bedarfe in einzelnen Stadtteilen erkennen, um hierauf reagieren zu können. Dies gelingt zum Beispiel mit Hilfe eines Indikatorensets, aus dem sich spezifischer Handlungsbedarf in einzelnen Stadtteilen abbilden und ableiten lässt (Indikatorenset Quartiermanagement siehe Vorlage 358/2010 „Change²Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“: Projektergebnisse Mannheimer Quartiermanagement“).

Bestandteil des Sozialraummonitorings sind gemeinsame oder miteinander in Bezug zu setzende Planungsräume. Hierfür braucht es genaue Gebietszuschnitte mit Abgrenzungskriterien. Dies gilt auch für die bisher vorhandenen Planungsräume (Stadtbezirk, Stadtteil, statistischer Bezirk), die in Bezug auf ihre unterschiedliche Größe zu überprüfen sind. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Planungsräume der Verwaltung auf den stadtteil- und quartierspezifischen Lebenswelten und Identitäten aufbauen und mit diesen überein stimmen.

Das Vorhalten eines solchen Sozialraummonitorings ist zentrale Voraussetzung für eine stadtteilorientierte Verwaltung.

Zielbilder

Datensammlungen und deren kontinuierliche Aktualisierung bilden die Grundlage für realistische Zielbilder, die für jeden einzelnen Stadtteil entwickelt werden. Sie ermöglichen erst zielorientiertes Verwaltungshandeln. Dabei werden die strategischen Ziele der Stadt auf die einzelnen Stadtteile bezogen und individuell und unter Beachtung der zur Verfügung stehenden gesamtstädtischen Ressourcen gestaltet. Jeder Stadtteil leistet einen Beitrag zur gesamtstädtischen Entwicklung, diesen gilt es im Zielbild zu formulieren und hierdurch den stadtteilspezifischen Potenzialen gerecht zu werden.

Spezifische Interventionen und Instrumente

In einigen Stadtteilen ist die Zielerreichung von spezifischen Interventionen der Stadt, ihrer Kooperationspartner sowie der Bürgerschaft oder dem Einsatz von speziellen Instrumenten abhängig. Als Beispiel für ein erhöhtes temporäres städtisches Engagement bei überdurchschnittlichen und komplexen Bedarfslagen kommen sowohl die Instrumente Gemeinwesenarbeit oder Quartiermanagement (vgl. hierzu die entsprechende Vorlage 358/2010 „Change²Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“: Projektergebnisse Mannheimer Quartiermanagement“), aber auch die Steuerung der Stadtteilentwicklung durch integrierte Konzepte (wie in der Vergangenheit z.B. im Rahmen des Entwicklungskonzepts Innenstadt geschehen), der Aufbau, die Betreuung und ggf. Geschäftsführung von Netzwerken, Bündelung von Einzelprojekten und ähnliches in Frage. Eine stärkere kommunale Steuerung der Stadtteilentwicklung kann beispielsweise dann erforderlich sein, wenn ein Stadtteil oder die Ziele seiner Entwicklung in komplexer Veränderung begriffen sind, zum Beispiel im Bereich der Bevölkerungsstruktur, seiner Nutzung oder baulichen Gestaltung. Ebenso kann eine starke Heterogenität der zu einem Stadtteil gehörenden Einzelquartiere eine stärkere Steuerung der Stadtteilentwicklung erforderlich machen, um diese Teilbereiche auf der Zielebene zusammenzuführen aber auch spezifischere kleinräumigere Profile zu schärfen. Um den Stadtteilen und ihren spezifischen Potenzialen und Bedarfen gerecht zu werden, werden vor Einsatz von spezifischen Maßnahmen Stadtteil- bzw. kleinräumigere Quartiersanalysen durchgeführt. Die Daten aus dem Sozialraummonitoring müssen entsprechend kleinräumig verfügbar sein. Aus diesen und den Stadtteilprofilen lassen sich dann auch einzelne fachspezifische Instrumente, wie z.B. Beratungsangebote für Gewerbetreibende, Kulturarbeit usw., ableiten.

Stadtteilorientierung braucht ein klares städtisches Selbstverständnis

Mitarbeiterfortbildung und Corporate Design Stadtteileinrichtungen

Bislang sind nicht alle städtischen Einrichtungen als solche erkennbar. Die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen zur Verwirklichung der Stadtteilorientierung der Verwaltung verstärkt die Möglichkeit erhalten und es als ihr Selbstverständnis begreifen, sich neben einer hohen Identität zu ihrer Einrichtung bzw. Arbeitsstelle ebenso als städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen und entsprechend aufzutreten. Die Verwaltung muss sicherstellen, dass sie als städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die in einem Stadtteil arbeiten sowohl eine Rolle für die Stadt im Stadtteil als auch eine Funktion für den Stadtteil gegenüber der Gesamtstadt wahrnehmen können und auch wahrnehmen. Zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine entsprechende Fortbildungsreihe zu konzipieren und umzusetzen. Für die Außendarstellung aller städtischen Einrichtungen wird ein einheitliches Corporate Design umgesetzt.

Stadtteilorientierung braucht Information

Stadtteilspezifische Informationen für die Bürgerschaft

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen verlässliche, abgestimmte und relevante stadtteilbezogene Informationen und einen Überblick darüber, welche Angebote es in ihrem Stadtteil gibt. Dies soll über drei unterschiedliche Medien sichergestellt werden, die auch kostenlos zu erhalten sein sollten. Erste konkrete Vorschläge sind, hierzu die stadtteilbezogenen Informationen über die städtische Internetseite bereitzuhalten, in den städtischen Einrichtungen mittels einheitlicher Broschürenständer zu informieren, das Amtsblatt stadtteilorientiert auszugestalten, die Informationen auch im öffentlichen Raum über eine Informationstafel oder ähnliches für die Bürgerschaft verfügbar zu halten. Bei größeren, z.B. städtebaulichen, Projekten im Stadtteil wird weiterhin mit vorhabenbezogenen Informationen, wie z.B. Informationsveranstaltungen oder Flugblättern, gearbeitet. Um all dies zu gewährleisten müssen alle städtischen Informationen und Veröffentlichungen raumbezogen differenziert, so zum Beispiel auch die gemeinderätlichen Vorlagen nach Stadtteilen sortiert werden können.

Die Informationen müssen als Informationen der Verwaltung erkennbar, für die Menschen leicht erreichbar und verständlich sein und daher bei Bedarf in unterschiedlichen Sprachen angeboten werden. Damit die Menschen wissen, wo sie die stadtteilspezifischen Informationen der Verwaltung erhalten, ist eine Kontinuität bezüglich des Ortes und des Mediums erforderlich. Bei der Informationsvermittlung spielen auch die Anlaufstellen der Verwaltung im Stadtteil und somit die Bürgerdienste eine entscheidende Rolle.

Stadtteilorientierung braucht Kommunikation

Schnittstellen zwischen Stadtteil und Verwaltung

Neben Anlaufstellen, Informationsmedien, direkter Kommunikation zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Bürgerschaft sowie in verschiedenen Beteiligungsformaten spielen Schnittstellen zwischen der Verwaltung und den Stadtteilen eine wesentliche Rolle in der Kommunikation: Schnittstellen sorgen für den ungehinderten Kommunikationsfluss. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Bezirksbeiräte. Neben der Behandlung von Stadtteilthemen in ihren öffentlichen Sitzungen haben sie die Aufgabe, Informationen und Anliegen aus dem Stadtteil zu sammeln und zu bündeln. Diese Funktion muss auch zukünftig sichergestellt und ausgebaut werden. Pro Stadtteil soll es ein Forum geben, in das sich Bürgerinnen und Bürger mit stadtteilbezogenen Anliegen einbringen können und in dem die Verwaltung präsent ist. Im Rahmen des Projektes „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“ ist insbesondere zu klären, ob dies im Rahmen der Bezirksbeiratssitzungen erfolgen kann. Grundsätzlich sollte der Aufbau von parallelen Strukturen zu den Bezirksbeiräten vermieden werden. Zusätzlich können anlassbezogen und zeitlich begrenzt Formate zur fachlichen Bearbeitung von Einzelthemen durch Verwaltung und Stadtteilakteure bestehen. Ein Überblick relevanter Stadtteilgremien und -netzwerke ist entsprechend über die Bürgerdienste verwaltungsintern aktuell zu halten. Im Bedarfsfall sind der Aufbau und die Betreuung von entsprechenden Netzwerken notwendig.

Stadtteilorientierung braucht räumliche Nähe

Anlaufstellen und Ansprechpartner

Eine stadtteilorientierte Verwaltung zeigt sich und wird gewährleistet durch Anlaufstellen und Einrichtungen für Bürgerinnen und Bürger in allen Mannheimer Stadtteilen. In jedem Stadtteil muss es mindestens eine Anlaufstelle geben, zu der die Bürgerinnen und Bürger mit all ihren Anliegen an die Stadt Mannheim kommen können und die als Informationszentrum (u.a. über Informationstafeln, Internetterminal, Broschürenständer) für die Bürgerschaft sowie Stadtteilakteure dient. Diese muss nach außen hin als städtische Anlaufstelle erkennbar, bekannt, zentral gelegen, barrierearm und niedragschwellig einladend gestaltet sein. Ziel ist, die Bürgerdienste zu solchen Anlaufstellen in allen Stadtteilen zu entwickeln bzw. alternativ andere Einrichtungen mit diesen Aufgaben zu betrauen. Hierüber soll auch eine dezentrale Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden sicher gestellt werden. Zusätzlich halten, beispielsweise bei größeren Infrastrukturvorhaben, wie bisher zeitlich begrenzte Bürgerbüros Informationen für die Bürgerschaft bereit und nehmen Anliegen auf.

dezentrale Veranstaltungen

Neben städtischen Einrichtungen in den Stadtteilen ist es von großer Bedeutung, dass die Verwaltung persönlich in den Stadtteilen präsent ist, hierdurch ein Gesicht bekommt, den Austausch mit der Bürgerschaft sucht und sich ein Bild von der Situation vor Ort schafft. Stadtteilbezogene Sitzungen der Verwaltung, sowohl interne als auch unter Beteiligung von Stadtteilakteuren und der Bürgerschaft, finden hierzu in der Regel vor Ort in Räumlichkeiten des jeweiligen Stadtteils statt. Stadtteilübergreifende städtische Veranstaltungen finden ebenfalls nicht nur im Zentrum statt.

Präsenz Verwaltungsspitze

Die Stadtteilorientierung der Verwaltung wird für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile auch durch die Präsenz der Verwaltungsspitze, des/der Oberbürgermeisters/in und der Dezernentinnen und Dezernenten, sicht- und erlebbar. Deren Vor-Ort-Termine bei öffentlichen und für alle Bevölkerungsteile zugänglichen Anlässen vermitteln bereits heute Wertschätzung und erlauben einen direkten Austausch zu Anliegen der Menschen vor Ort und zu Vorhaben und Zielstellungen der Verwaltung. Neben der thematischen Präsenz in Stadtteilgremien oder bei –veranstaltungen gilt es außerdem einen themenübergreifenden, offenen Dialog zu gewährleisten. Bei Veranstaltungen in den Stadtteilen wird auf eine ausgewogene Präsenz der Verwaltungsspitze geachtet.

Stadtteilorientierung braucht definierte Rollen und Aufgaben in der Verwaltung

Stadtteilspezifische interne Vernetzung

Der Rolle der Bürgerdienste nach Außen als erste Anlaufstelle in den Stadtteilen entspricht auch ihre gestärkte Rolle nach Innen als stadtteilspezifische Vernetzer innerhalb der Verwaltung. Sie benennen Schnittstellen und kommunizieren mit Bürgerinnen und Bürgern und Stadtteilnetzwerken oder delegieren dies. Sie haben einen Überblick über Stadtteilgremien und -netzwerke und koordinieren die städtische Präsenz in diesen. Aus diesem Aufgabenprofil leitet sich auch die Verantwortung der Bürgerdienste für die verwaltungsinterne, stadtteilspezifische Vernetzung ab, die ein abgestimmtes kohärentes Handeln im Sinne der Bürgerschaft sicherstellen soll. Hierzu ist das Format für die in der Regel vor Ort tagende Zusammenkunft aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die für/in einem bestimmten Stadtteil arbeiten, zu entwickeln.

Koordinationsstelle und -gruppe Stadtteilorientierung

Die Durch- bzw. Einführung der genannten Maßnahmen und Instrumente erfordert als zentrale Voraussetzung, dass innerhalb der Verwaltung Einzelperspektiven zusammengeführt und das

Wissen stadtteilorientiert gebündelt, ausgewertet und abrufbar gehalten wird. Zur integrierten Begleitung und Steuerung der stadtteilorientierten Verwaltung wird die mit der Vorlage 637/2009 beschlossene Koordinationsstelle Quartiermanagement auch mit Aufgaben im Rahmen der Stadtteilorientierung betraut. Aufgrund der dezernatsübergreifenden Aufgabenstellungen und des Ziels, eine Zusammenführung von Einzelperspektiven zu einer integrierten Sicht der Stadt Mannheim zu leisten, baut die Koordinationsstelle eine begleitende Koordinationsgruppe auf, deren Geschäftsführung sie übernimmt. Die Koordinationsgruppe stellt die dezernatsübergreifende, integrierte Bearbeitung der Anforderungen sicher. Eingebunden werden sollten die Bereiche Bildung, Jugend, Kultur, Soziales, Wirtschaft, Stadtentwicklung, Integration und Bürgerdienste. Die Koordinationsgruppe wird nach Bedarf einberufen und je nach Erfordernis ergänzt.

Im Detail werden Koordinationsstelle und Koordinationsgruppe vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Qualitätssicherung des Konzepts einer stadtteilorientierten Verwaltung
- Beobachtung und Bewertung, ob die formulierten Leitsätze erfüllt und die Einzelmaßnahmen umgesetzt werden.
- Bündelung und Bewertung des stadtteilspezifischen Wissens der Verwaltung
- Verantwortung für die Entwicklung und kontinuierliche Fortschreibung der Stadtteilprofile
- Entwicklung eines Verfahrens zur Entwicklung der stadtteilspezifischen Zielbilder
- Entwicklung von angemessenen Formaten zur fachlichen Bearbeitung von stadtteilbezogenen Themen zwischen Verwaltung und Stadtteilakteuren

Durch die gleichzeitige Verantwortung für die Stadtteilorientierung sowie das spezifische Instrument Quartiermanagement wird die Verzahnung von einzelnen Instrumenten und gebietsbezogenen Handlungsansätzen mit der gesamtstädtischen Strategie sicher gestellt.

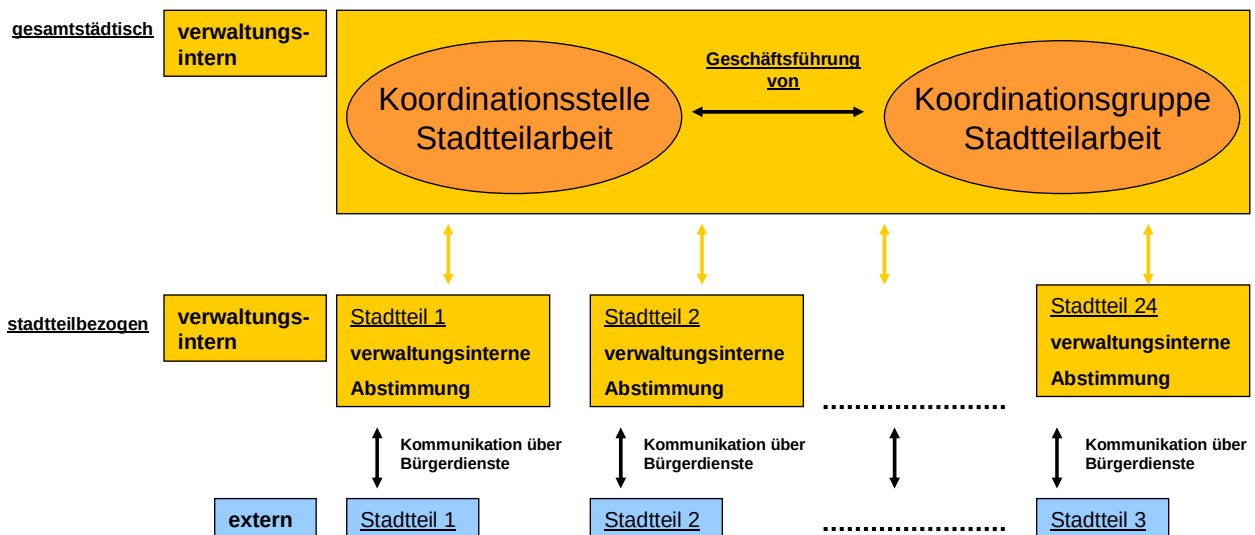


Abb. 1: Organisation einer stadtteilorientierten Verwaltung

5. Umsetzung und Evaluation

Die Leitsätze müssen Grundlage des Handelns der Verwaltung sein und die Umsetzung der dazugehörigen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Eine Priorisierung und zeitliche Planung dieser Maßnahmen wird noch im Detail vorgenommen. Zu einzelnen Maßnahmen wird die Verwaltung ggf. konkrete Konzepte im Rahmen der Umsetzung der stadtteilorientierten Verwaltung vorlegen.

Die oben beschriebene Koordinationsstelle mit Koordinationsgruppe gewährleisten die ressortübergreifende Begleitung und Steuerung der Stadtteilorientierung der Verwaltung. Neben der Umsetzung des Konzeptes gilt es im Rahmen der Steuerung, eine kontinuierliche Qualitätssicherung des Konzeptes und somit Evaluation vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Vorschlag zu entwickeln, in welchen Abständen und auf welche Weise die Umsetzung einer Evaluation unterzogen und damit Organisationslernen ermöglicht wird. In den Evaluationsprozess sind in einem gestuften Verfahren in jedem Fall die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung (Selbstevaluation) und auf geeignete Weise auch externe Kooperationspartner und die Bürgerschaft (Fremdevaluation) einzubeziehen. Es soll damit sichergestellt werden, dass die Neuausrichtung der Stadtteilorientierung in den Stadtteilen ankommt und dort auch wahrgenommen wird.

Anlagen

1. Räumliche Gliederung der Stadt

Nr.	<u>Stadtbezirk (17)</u>	Nr.	<u>Stadtteil (24)</u>	Nr.	<u>Statistischer Bezirk (78)</u>
1	Innenstadt/Jungbusch	1	Innenstadt	111	Westliche Oberstadt (A-D)
				121	Westliche Unterstadt (E-K)
				131	Östliche Oberstadt (L-O)
				141	Östliche Unterstadt (P-U)
				151	Schloßgebiet (L5-15)
				211	Jungbusch
				212	Mühlau
2	Neckarstadt-West	2	Neckarstadt-West	311	Neckarstadt-West
				312	Friesenheimer Insel
3	Neckarstadt-Ost	3	Neckarstadt-Ost	321	Neckarstadt-Ost
				322	Herzogenried
				323	Neckarstadt-Nordost
				331	Wohlgelegen-West
				332	Wohlgelegen-Ost
4	Schwetzingenstadt/Oststadt	4	Oststadt	411	Oststadt-Nord
				412	Oststadt-Süd
		5	Schwetzingenstadt	421	Schwetzingenstadt-West
				422	Schwetzingenstadt-Ost
5	Lindenhof	6	Lindenhof	431	Lindenhof-West
				432	Lindenhof-Mitte
				433	Lindenhof-Ost
		20	Niederfeld	441	Lindenhof-Niederfeld
6	Sandhofen	7	Sandhofen	511	Sandhofen-West
				512	Sandhofen-Mitte
				513	Sandhofen-Nord
				514	Sandhofen-Südost
				521	Scharhof
				531	Kirschgartshausen
				541	Blumenau, Sandtorf
7	Schönau	8	Schönau	551	Schönau-Nord
				552	Schönau-Süd
				553	Schönau-West
8	Waldhof	9	Waldhof	561	Waldhof-West
				562	Waldhof-Mitte
		11	Luzenberg	571	Luzenberg
		10	Gartenstadt	581	Gartenstadt
				582	Gartenstadt-West
		9	Waldhof	591	Speckweggebiet
				592	Speckweggebiet westl.d.Hess.Str.
9	Neuostheim/Neuhermsheim	16	Neuostheim	611	Neuostheim-Nord
				612	Neuostheim-Süd
				613	Neuostheim-Ost
		17	Neuhermsheim	621	Neuhermsheim
10	Seckenheim	23	Seckenheim	631	Seckenheim
				641	Suebenheim
		18	Hochstätt	651	Hochstätt
11	Friedrichsfeld	24	Friedrichsfeld	661	Friedrichsfeld-Ost
				662	Friedrichsfeld-West
				671	Alteichwald

Nr.	Stadtbezirk (17)	Nr.	Stadtteil (24)	Nr.	Statistischer Bezirk (78)
12	Käfertal	12	Käfertal	711	Käfertal-Mitte
				712	Käfertal-West
				713	Käfertal-Nordost
				721	Käfertal-Süd
				722	Käfertal-Südwest
				723	Käfertal-Südost
				731	Sonnenschein Speckweggebiet
				741	örtl.d.Hess.Str.
13	Vogelstang	13	Vogelstang	751	Vogelstang
14	Wallstadt	14	Wallstadt	761	Wallstadt
				762	Straßenheim
15	Feudenheim	15	Feudenheim	771	Feudenheim-Nord
				772	Feudenheim-Süd
16	Neckarau	19	Almenhof	811	Almenhof
				812	Almenhof-Gewerbegebiet
		20	Niederfeld	821	Niederfeld
		21	Neckarau	831	Neckarau-Mitte
				832	Neckarau-Nordost
				833	Neckarau-Südost
				834	Neckarau-Süd
17	Rheinau	22	Rheinau	841	Casterfeld-West
				842	Mallau
				843	Casterfeld-Mitte
				844	Casterfeld-Ost
				851	Rheinau-Mitte
				852	Rheinau-Hafen
				853	Rheinau-Ost
				861	Pfingstberg
				871	Rheinau-Süd

2. Muster Stadtteilprofil

Stadtteilprofil xy, Stand xy

Vorbemerkung

Die Stadtteilprofile sollen perspektivisch einen Überblick über und eine interdisziplinäre Sicht auf den jeweiligen Stadtteil bieten. Sie bündeln momentan die Bestandsaufnahme des Projekts „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ und sammeln sowohl Informationen über den Stadtteil und die Präsenz der Verwaltung, als auch Erfahrungswissen aus einzelnen Bereichen. Sie sind aktuell noch uneinheitlich bezüglich ihrer Detailliertheit und müssen kontinuierlich fortgeschrieben werden. Eine Abstimmung mit verwaltungsexternen Stadtteilakteuren steht noch aus.

1. Einführung in den Stadtteil

Eckpunkte und Grundeinführung zu Stadtteilen, um einen Eindruck zu vermitteln.
Daten zu Größe, Historie, Charakter (z.B. Wohnnutzung, Gewerbe, etc.), Unterteilung in statistische Bezirke

2. Statistische Eckpunkte und Besonderheiten

Einwohnerzahl und Besonderheiten, die aus den Zahlen und ihrer Abweichung zum städtischen Durchschnitt deutlich werden, auch soziale Probleme. Bevölkerungsstruktur und Sozialdaten in einem Datenblatt als Anlage

3. Die wichtigsten Akteure über den Bezirksbeirat hinaus (max. 10):

Wen brauche ich am Tisch, um im Stadtteil handeln zu können, eine Strategie für den Stadtteil entwickeln zu können? Institutionen, Schlüsselpersonen, Netzwerke mit ganz besonderem Engagement im und für den Stadtteil

4. Präsenz der Verwaltung (räumlich, zeitlich, Infrastruktur)

Erfassung der städtischen Einrichtungen und Infrastruktur der Verwaltung im Stadtteil, der spezifischen Projekte und Strukturen, die die Verwaltung selbst anbietet. Untergliederung in

- a) Infrastruktur und permanente Präsenz der Verwaltung
- b) Projekte/Initiativen/Schwerpunkte

5. Weitere Infrastruktur

zentrale Einrichtungen unabhängig von der Verwaltung, die eine Bedeutung im und für den Stadtteil haben.

6. Besonderheiten

Nennung der einzigartigen, geografischen, historischen Besonderheiten sowie besondere Entwicklungen auch mit überregionaler Anerkennung.

7. Stärken

Was macht den Stadtteil besonders lebenswert?

8. Herausforderungen:

Sachverhalte, die eine belastende, negative Wirkung auf die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils haben bzw. eine Beeinträchtigung darstellen.

9. Ziele der Verwaltung

Bestandsaufnahme der bereits formulierten Ziele für den Stadtteil

10. Stadtteilstrategie

Was ist der momentane Weg, um das Ziel zu erreichen?

11. Handlungsempfehlungen

Bestandsaufnahme der bereits vorliegenden Handlungsempfehlungen für den Stadtteil

3. Maßnahmenübersicht

	Maßnahme	Leitsätze Stadtteilorientierung braucht...									Status			Zuständigkeit
		Wissen	Integrier-ten Ge-samtblick	bedarfs-gerechtes Verwaltungs-handeln	Städt. Selbst-verständnis	Infor-mation	Kommuni-kation	räum-liche Nähe	Beteili-gung	definierte Rollen u. Aufgaben	begon-nen	defi-niert	zu de-finieren	
1	Stadtteilprofile	+	+	+		+					X			KG
2	Sozialraummonitoring	+	+	+		+							X	
3	Indikatorenset Quartier-management	+	+	+		+					X			KG
4	stadtteilspezifische Zielbilder	+	+	+		+						X		KG
5	spezifische Instrumente	+	+	+		+					X			KG
6	Mitarbeiterfortbildung	+		+	+	+	+	+		+			X	11/17
7	Corporate Design Stadtteileinrichtungen				+	+		+		+		X		25
8	Informationen stadtteilbezogen Kommunizieren	+	+			+	+		+			X		15
9	Informationen vor Ort					+	+	+	+				X	33
8	stadtteilspezifische Foren a) Rolle BBR b) Überblick Foren				+	+	+	+	+	+		X	X	Projekt 9 33
9	Anlaufstellen				+	+	+	+	+	+			X	33
10	dezentrale Veranstaltungen	+				+	+	+	+			X		15
11	Präsenz Verwaltungsspitze	+				+	+	+	+			X		15
12	stadtteilspezifische interne Vernetzung	+	+	+	+					+			X	33
13	Koordinationsstelle	+	+	+						+		X		OB
14	Koordinationsgruppe	+	+	+	+					+		X		OB

KG = Koordinationsgruppe, vertreten sind die Bereiche Bildung, Jugend, Kultur, Soziales, Wirtschaft, Stadtentwicklung, Integration, Bürgerdienste